

In diesem Prozess blieb viel Raum für saarländische Sonderlösungen. Die neuen Anforderungen an Politik wurden früh erkannt und intensiv diskutiert. Da die Einseitigkeit der saarländischen Wirtschaftsstruktur seit Jahren bereits ein zentrales Problem darstellte, standen ebenso differenzierte wie wirksame regionalpolitische Instrumente zur Verfügung. Über den Umfang der notwendigen Anpassungen konnte aber ebenso wenig Einigkeit hergestellt werden wie über die Tauglichkeit innovativer Konzepte zur Umstrukturierung. Zudem begrenzten die immer größer werdenden Finanzprobleme der Öffentlichen Hand die Möglichkeiten der Politik. Daher setzten sich nicht selten Kräfte durch, die den ohnehin schon schwierigen wirtschaftlichen Anpassungsprozess nicht noch mit politischen Risiken belasten wollten.

Obwohl die scharfe Kluft zwischen Ja- und Nein-Sagern bereits früh durch den Übergang zu kooperativem politischem Verhalten überwunden werden konnte, nahm die Eingliederung unerwartet viel Zeit in Anspruch, bis Ende der 60er-Jahre eine vollwertige Regionalpolitik bundesdeutschen Typs etabliert werden konnte.